

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesregierung nimmt mit neuer Energie eine große Aufgabe in Angriff: Die Gestaltung der Energiewende in Hessen.

Die Energiewende ist keine Zukunftsmusik – sie findet statt, und zwar nicht erst seit dem Jahr 2011 und den tragischen Ereignissen in Fukushima.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres haben die Erneuerbaren Energien deutschlandweit erstmals die Braunkohle als wichtigsten Energieträger abgelöst. 31 % der Stromerzeugung stammte aus erneuerbaren Energien. Konventionelle klimaschädliche Kraftwerke verlieren zunehmend an Bedeutung. Insbesondere Windkraft- und Photovoltaikanlagen sind in Deutschland zu einer *der* tragenden Säulen der Energieversorgung geworden.

Die Energiewende findet statt! Die spannende Frage ist jetzt: Schaffen wir es hier in Hessen, uns an die Spitze der technologischen Entwicklung zu setzen? Oder werden wir nur hinterherlaufen? Können wir, durch kluge Konzepte und entschlossenes Handeln die Energiewende mitgestalten und am Ende auch von ihr profitieren? Oder überlassen wir das anderen?

Meine Antwort auf die Fragen ist klar: Wir können! Und wir wollen!

Mein Ziel ist es, die Energiewende hier in Hessen entschlossen voranzutreiben. Mein Ziel ist, innovative Unternehmen, die sich um Fragen der Energieeffizienz, um Ressourceneinsparungen, um intelligente Vernetzung kümmern, hier in Hessen anzusiedeln. Und mein Ziel ist es, dass ein möglichst großer Anteil der Wertschöpfung von all diesen Entwicklungen hier in Hessen bleibt.

Manchmal gerät, wie bei der aktuell geführten Debatte um die Änderungen des Erneuerbare Energien Gesetzes, in Vergessenheit, warum die Energiewende notwendig ist.

Seit dem Jahr 1990 hat sich aufgrund des CO<sub>2</sub> Ausstoßes die globale Durchschnittstemperatur um ungefähr 0,3 Grad erhöht. Das hört sich nach wenig an, ist aber sehr viel. Die dramatischen Auswirkungen der Klimaerwärmung sehen wir als überschwemmte Städte und zerstörte Häuser regelmäßig in den Nachrichten.

Mit dem Bevölkerungswachstum der Erde wächst nach wie vor auch der Energieverbrauch. Die Nachfrage steigt. Seit 1990 hat sich der Erdölpreis mehr als vervierfacht.

So kann es nicht weiter gehen. Denn diese Entwicklung schadet nicht nur massiv der Umwelt. Es ist beinahe trivial, darauf hinzuweisen: Kohle, Erdöl, Erdgas und auch Uran sind endlich.

Ihr Vorkommen ist begrenzt. Dies wird dazu führen, dass die Energie-Preise durch die Decke gehen, wenn wir nicht entschieden gegensteuern. Natürlich müssen wir auch darauf achten, dass die Energiewende nicht zu teuer wird.

Aber gelingt sie uns nicht, dann werden vor allem Menschen mit kleinen Einkommen ihre Strom- und Gasrechnung schon bald nicht mehr bezahlen können. Insofern ist die Energiewende nicht nur notwendig, um unsere Umwelt zu schonen, sondern sie ist auch ein Projekt der Gerechtigkeit, weil mittelfristig nur durch Energieeinsparung, durch Energieeffizienz und die Erneuerbaren Energien, also durch die Energiewende, Energie überhaupt bezahlbar bleibt.

Mehr noch: Wenn wir uns anschauen, wo die größten Vorkommen fossiler Energieträger lagern, wird schnell klar: Es sind vor allem politisch instabile Gegenden, von denen wir abhängig sind. Ich bin fast sicher, dass heute Abend in der

Tagesschau der Russland-Ukraine-Konflikt und die Ereignisse im Irak wieder ein Thema sein werden. Regionen, von deren Rohstofflieferungen wir abhängig sind. Die EU importiert zwei Drittel ihres Erdgases und knapp 90 Prozent des Rohöls. Es ist auch ein Aspekt von Versorgungssicherheit, sich mit der Energiewende von diesen Regionen der Welt unabhängiger zu machen.

Schon heute geben wir in Deutschland jährlich 83 Milliarden Euro für Erdöl und Erdgasimporte aus. Das ist die mögliche volkswirtschaftliche Rendite der Energiewende. Eine enorme Chance!

Um sie zu nutzen, müssen wir jetzt die Weichen stellen. Für das Klima. Für die Wirtschaft. Für uns und für unsere Kinder und Enkel.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Das erste Erneuerbare Energien Gesetz der Bundesrepublik wurde im Jahr 2000 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen. Bis es so weit war, waren lange Jahre an Überzeugungsarbeit notwendig.

Seit Fukushima und den Bildern, die uns die Risiken und Nebenwirkungen der Atomkraft so unmittelbar vor Augen führten, hat sich der Wandel in der deutschen Energiepolitik deutlich beschleunigt.

Das hat auch dazu geführt, dass sich im April 2011 auf Einladung des Ministerpräsidenten Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Fraktionen zum Hessischen Energiegipfel zusammengefunden haben.

Gemeinsames Ziel war es, die Weichen für eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung für alle hessischen

Einwohner und Unternehmen zu stellen. Dieser fraktionsübergreifende Beschluss aus dem Jahr 2011 ist zugleich vereinbarte Grundlage der Energiepolitik auch dieser Landesregierung.

Zusätzlich hat sich die neue Landesregierung auch Zwischenziele gesetzt. Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Hessen bis zum Ende der Legislaturperiode gegenüber heute auf 25 Prozent verdoppeln.

Im Jahr 2050 soll Hessens Energieversorgung nicht nur im Bereich der Stromversorgung, sondern auch bei der Wärmeerzeugung vollständig auf Erneuerbaren Energien basieren.

Ich mache mir keine Illusionen: Das wird kein einfacher Weg.

Aktuell stehen wir bei der Nutzung Erneuerbarer Energien noch auf Platz 11 der 16 Bundesländer.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir haben in Hessen Nachholbedarf. Wir sind nicht da wo wir sein könnten. Umso wichtiger ist es jetzt, sich mit voller Kraft dafür einzusetzen.

Bei all dem bewegen wir uns natürlich nicht im luftleeren Raum. Wie gut oder schlecht uns die Energiewende in Hessen gelingt, hängt ganz entscheidend von den bundespolitischen Rahmenbedingungen ab.

Die Bundesregierung hat eine Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes auf den Weg gebracht, die im Ergebnis die Energiewende an etlichen Punkten eher behindert als befördert.

Um eins ganz klar zu sagen: Es war richtig und wichtig, die Förderbedingungen zu verändern. Das EEG in seiner alten Form war maßgeschneidert und wirkungsvoll, um neue Technologien auf den Markt zu bringen.

Das Ergebnis war ein immenser technischer Fortschritt: Eine Photovoltaikanlage von heute ist mit einer von vor 15 Jahren nicht mehr ansatzweise vergleichbar. Der Wirkungsgrad der Module hat sich stark verbessert. Zugleich sind die Preise radikal gefallen. Kostete eine kWh Solarstrom im Jahr 2000 gute 70 Euro-Cent in der Erzeugung, liegen wir aktuell bei durchschnittlich 10 Euro-Cent.

Natürlich muss Politik darauf reagieren und die Förderbedingungen anpassen.

Was der Bundeswirtschaftsminister als sein Reformprojekt vorgelegt hat, war leider in weiten Teilen nicht das, was nötig gewesen wäre.

Von der jetzigen Regelung gehen zum Beispiel keine Impulse zur CO<sub>2</sub>-Einsparung aus. Hier wäre eine grundlegende Reform hin zu einem Modell mit echter Lenkungswirkung notwendig gewesen.

Klimaschädliche und ineffiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke profitieren davon, dass viel zu viele CO<sub>2</sub>-Zertifikate auf dem Markt sind. Die klimaschonenden, hocheffizienten Gaskraftwerke können bei Bedarf flexibel eingesetzt werden. Aber sie sind auf dem gegenwärtigen Markt kaum rentabel. Wir brauchen hier dringend ein neues Geschäftsmodell.

Eine Möglichkeit sehe ich in der Entwicklung eines Kapazitätsmarktes, der in der Lage ist, bereit gestellte, aber nicht verbrauchte Strommenge zu vergüten, damit die modernen Gaskraftwerke rentabel werden.

Wir sind gespannt, was die Bundesregierung hier vorlegen wird.

Die gute Nachricht beim EEG ist: Durch den Einsatz der Länder ist es gelungen, zumindest die größten Fehler aus dem ursprünglichen Gesetzentwurf zu entfernen. An dieser Stelle möchte ich ganz klar sagen: Es war nicht zuletzt der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, der bei den Berliner Verhandlungen für Verbesserungen im Sinne hessischer Interessen gekämpft hat. Wie etwa die höhere Vergütung für mittelstarke Windstandorte, die für Hessen besonders wichtig sind.

Die schlechte Nachricht ist: Ungeachtet dieser Erfolge könnte das Gesetz von Herrn Gabriel dazu führen, dass der Ausbau der Photovoltaik weiter einbricht. Auch aus diesem Grund werden wir uns beim Ausbau der Erneuerbaren hier in Hessen vor allem auf die Windkraft konzentrieren müssen.

Wenn wir die Verdoppelung der erneuerbaren Stromerzeugung in Hessen erreichen wollen, muss die bestehende Windkraftleistung in den kommenden fünf Jahren nahezu verdreifacht werden. Die uns vorliegenden Genehmigungszahlen zeigen, dass dieser Windkraftzubau erreichbar ist: Derzeit sind knapp 500 neue Windkraftanlagen mit insgesamt rund 1280 MW Leistung genehmigt oder im Genehmigungsverfahren.

Wenn alle diese Anlagen in den kommenden 3 bis 4 Jahren gebaut werden, haben wir eine echte Chance, unsere Ziele zu erreichen.

Um den weiteren Ausbau geordnet, transparent und offen zu gestalten weisen wir derzeit Flächen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien aus.

Wir haben uns im Energiegipfel auf der Grundlage einer Potenzialabschätzung darauf verständigt, Areale in einer Größenordnung von 2 Prozent der Landesfläche

für Windkraftanlagen zur Verfügung zu stellen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 98 Prozent der Landesfläche frei von Anlagen bleiben wird.

Die Ausweisung folgt klaren und einheitlichen Kriterien, die im Landesentwicklungsplan festgelegt sind. Auf dieser Grundlage werden derzeit die Regionalen Raumordnungspläne fortgeschrieben.

In den Regierungspräsidien und im Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main werden auch die Einwendungen zügig, aber sorgfältig bearbeitet.

Als Zwischenstand nach der ersten Anhörung und Offenlage der Regionalpläne sollen in Nordhessen 2,05% und in Mittelhessen 2,5% der Landesfläche zu Vorranggebieten für Windenergie werden.

In Südhessen ist die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen noch im Gange. Dort waren in der ersten Offenlage – inklusive Frankfurt/Rhein/Main - 2,8% der Fläche für die Windenergie vorgesehen.

Natürlich wird sich an einigen Punkten noch etwas verändern, dafür sind diese Anhörungs- und Beteiligungsverfahren ja auch da. Aber ich gehe angesichts dieser Zahlen weiterhin davon aus, dass wir das vom Energiegipfel angestrebte 2% Ziel erreichen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
der Ausbau der Windkraft kann natürlich auch zu Konflikten mit dem Natur- und Artenschutz führen. Das Ziel der Landesregierung ist es, hier einen fairen Interessensausgleich hinzubekommen.

Die neue Landesregierung hat hier einen großen Vorteil: An diesem Thema arbeiten nun eine Umwelt- und Naturschutzministerin mit einem naturgemäß großen Interesse an der Energiewende, aber auch ein Wirtschafts- und Energieminister mit einem großen Interesse am Naturschutz.

Eine neu geschaffene Lenkungsgruppe unter Vorsitz von Staatssekretärin Tappeser und Staatssekretär Samson wird Lösungsvorschläge und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Unser gemeinsames Ziel ist die bestmögliche Vereinbarkeit von Windenergienutzung und Naturschutz.

Dazu brauchen wir intelligente Lösungen. Um das einmal an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen: Windstarke Gebiete, die zu bestimmten Zeiten auch als Zugkorridore für Kraniche dienen, können trotzdem als Vorrangfläche ausgewiesen werden, und zwar dann, wenn die Windenergieanlagen während des Vogelzugs zeitweilig abgeschaltet werden. Im Ergebnis bleiben die Zugkorridore erhalten, die windstarken Flächen können dennoch die meiste Zeit des Jahres genutzt werden. Das meine ich, wenn ich sage, dass wir uns auch Flächen ansehen sollten, die wir bislang pauschal ausgeschlossen haben, wie gesagt, es geht um intelligente Lösungen.

Mit der Ausweisung der Flächen wird für viele Bürgerinnen und Bürger die bislang abstrakte Energiewende plötzlich konkret.

So konkret, dass sich bisweilen trotz der allgemeinen und weiterhin sehr großen Zustimmung zur Energiewende lokales Unbehagen einstellt.

Nicht jedem gefällt die Vorstellung, dass sich auf den bewaldeten Höhen der Umgebung demnächst Windräder drehen könnten.



Ich nehme diese Bedenken ernst. Mein Erfahrung ist: Je früher vor Ort über Vorhaben aufgeklärt wird, je transparenter Investoren agieren, je früher wir auf die Bürger zugehen, ihre Ängste und Sorgen aufnehmen, desto sachlicher verläuft die Diskussion vor Ort.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung das Bürgerforum Energieland Hessen eingerichtet. Den Kommunen bieten wir damit konkrete und maßgeschneiderte Hilfestellung. Von der Unterstützung langfristiger Planungsvorhaben bis hin zu „Feuerwehreinsätzen“ bei akuten Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen. Mit der Hessen Agentur haben wir dabei einen kompetenten Partner an unserer Seite. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass fundierte Sachinformation viele Bedenken entkräften kann.

Deshalb werden wir dieses Kommunikationsangebot ausweiten. Wir stellen in diesem Jahr rund 1,1 Millionen Euro bereit und planen für die kommenden Jahre in derselben Größenordnung.

Auch den vom Netzausbau betroffenen Kommunen wird das Angebot zur Verfügung stehen. Noch im August werden wir die von Sued.Link betroffenen Kommunen zu einer Dialog-Veranstaltung in das Regierungspräsidium Kassel einladen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Konflikte, die vor Ort hochkochen, finden medial immer besondere Beachtung.

Worüber hingegen kaum berichtet wird, sind die zahlreichen Projekte, die derzeit realisiert und vor Ort auch unterstützt werden.

Ich war vor wenigen Tagen bei der Eröffnung eines Windparks der EVO, der Energieversorgung Offenbach – der sich allerdings im Nachbarland Rheinland-Pfalz befindet. Dort ist ein Windpark mit 10 Anlagen in Betrieb gegangen. Sie erzeugen genügend Strom, um 23.000 Haushalte zu versorgen.

Die Menschen vor Ort unterstützen dieses Projekt. Von den sechs beteiligten Gemeinden, die von den Pachteinnahmen profitieren, haben zwei gar keine Windkraftanlagen auf ihrer Gemeindefläche. Hier passiert nämlich, was wir für Hessen anstreben: Interkommunale Zusammenarbeit, die sich für die Kommunen auszahlt.

Es kann nicht funktionieren, Windkraftanlagen möglichst auf die Gemeindegrenze zu setzen, um damit den maximalen Gewinn mit einer minimalen Betroffenheit für die eigene Kommune zu kombinieren. Wer Windkraftanlagen in seiner Nachbarschaft akzeptieren soll, muss etwas davon haben dürfen.

Natürlich erhöht dies die Akzeptanz vor Ort.

Und genau da setzt ja auch der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung an, den wir diese Woche beschließen werden. Kommunen können so selbst zur treibenden Kraft beim Ausbau der Erneuerbaren werden, eigene Projekte realisieren. Und damit einen großen Teil der Wertschöpfung vor Ort behalten.

Mit den umsichtig erweiterten energiewirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten können die Kommunen zukünftig die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung, Speicherung, Einspeisung und Vertrieb Erneuerbarer Energien abbilden.

Mir ist aber noch ein anderer Moment von der Windparkeinweihung in Erinnerung. Bei dem Fest waren auch Familien mit kleinen Kindern. Die Jungs und Mädchen haben noch nie etwas von Fukushima, geschweige denn von Tschernobyl gehört. Sie standen einfach nur mit offenem Mund und großen Augen vor den Windrädern und staunten. Diese Generation wird mit dem Anblick von Windrädern groß werden. Für sie wird es das normalste der Welt sein. Und ihnen später genauso wenig auffallen, wie uns die Strommasten, wenn wir an der A5 an Biblis vorbeifahren.

Natürlich verändert sich das Landschaftsbild, wenn Windräder aufgestellt werden. Ich sage allerdings zu manchen Einwänden, auch von Denkmalschützern: Wenn sich selbst Sichtbeziehungen niemals verändern dürften, dann hätte in Frankfurt niemals ein Hochhaus gebaut werden dürfen. In Offenbach gibt es eine Domstraße, die so heißt, weil man ganz früher von dort den Frankfurter Dom sehen konnte.

Aus Offenbacher Sicht ist der Neubau der Europäischen Zentralbank heute sicherlich dominanter als der Dom. Windräder werden unsere Landschaft sicherlich weniger stark verändern als Hochhäuser das Stadtbild von Frankfurt verändert haben.

Irgendwann, da bin ich mir sicher, werden Windräder im besten Sinne dazu gehören, normal sein.

Und vielerorts in Hessen laufen die Projekte ja auch schon heute völlig geräuschlos ab. Ich kann jedem nur empfehlen mal nach Heidenrod oder Söhrewald oder auf den Galgenkopf bei Bad Schwalbach zu fahren. Da gab es anfangs natürlich auch viele Fragen. Aber inzwischen entstehen dort Windparks, die vor Ort akzeptiert, mehr noch, die von der großen Mehrheit der Menschen vor Ort gewollt sind.

Sehr verehrte Damen und Herren,

die hessische Landesregierung versteht die Kommunen als Partner bei der Umsetzung unserer energiepolitischen Ziele. Wir möchten ihnen mehr Beifreiheit geben und wir wollen die Stadtwerke fit machen für die „Energiewende vor Ort“.

Vor dem Hintergrund sinkender Margen im klassischen Erzeuger- und Verteilergeschäft kommt der strategischen Ausrichtung der Stadtwerke auf neue Geschäftsfelder eine zentrale Bedeutung zu.

Als Hessischer Wirtschaftsminister habe ich kein Interesse daran, dass sich Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen in der Nähe der neuen Erzeugungsschwerpunkte und damit vor allem in den windstarken Küstenregionen ansiedeln.

Es ist daher unumgänglich, den überschüssigen Strom der Windkraftanlagen aus Norddeutschland dorthin zu transportieren, wo er dringend gebraucht wird.

Das sind – nicht zuletzt infolge des Atomausstiegs – eindeutig die wirtschafts- und verbrauchsstarken Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Deshalb ist es richtig, die Übertragungskapazitäten in Nord-Süd-Richtung in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen.

Die Gleichstromleitungen entlasten das bestehende Drehstromnetz in Nord-Süd-Richtung, so dass die frei werdenden Kapazitäten für zusätzliche Einspeisungen von aus Erneuerbaren Energien erzeugtem Strom aus Hessen genutzt werden können.

Nur unter dieser grundlegenden Voraussetzung, können wir zukünftig überhaupt größere Mengen in Hessen erzeugten Stroms in das Netz einspeisen und die Potentiale der Energiewende für uns nutzen.

Keine Frage: Die Energiewende bedeutet nicht weniger als einen kompletten Systemwechsel unserer Energieversorgung. Die vier großen Energiekonzerne, die den deutschen Strommarkt über Jahrzehnte bestimmt haben, werden ihre dominierende Marktstellung verlieren.

In Zukunft werden sich dezentralere Strukturen herausbilden. Mit deutlich kleineren, technologisch hochspezialisierten Erzeugern und Marktteilnehmern.

Deshalb ist die Energiewende auch weit mehr als der Ausbau von Windrädern und Stromleitungen. Wir werden es künftig mit intelligenten Systemen zu tun haben. Von der Erzeugung über den Transport, die Speicherung und die Verteilung bis hin zum Verbrauch – all diese Stationen werden in Zukunft miteinander kommunizieren. Sie werden dafür sorgen, dass ihre Spülmaschine zu Hause ein Signal bekommt, wenn das System einen Stromüberschuss im Netz meldet und der Strompreis gerade im Keller ist.

In den Spitzenlastphasen, also wenn der Strom besonders teuer ist, wird vielleicht der Akku des Elektrofahrzeugs in der Garage als Stromspeicher genutzt, der bei „Niedrigpreis“ wieder aufgeladen wird.

Meine Damen und Herren,

wenn es uns gelingt, hier in Hessen diese Entwicklungen voranzutreiben, innovative Produkte an den Markt zu bringen, dann ist das praktische Standortvorteil im besten Sinne. Und dann sichert das die Konkurrenzfähigkeit hessischer Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

Gerade hier sehe ich eine zentrale Rolle Hessens im Zuge der Energiewende. Wir werden aufgrund unserer geographischen Lage niemals so viel Wind-Strom produzieren können wie Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern.

Aber wir können durch die gezielte Förderung von Spitzenforschung einen ganz anderen, aber ebenso wichtigen Beitrag für die Energiewende in Hessen leisten. Das bedeutet nicht, dass wir den Ausbau von Windenergieanlagen vernachlässigen. Aber das bedeutet, dass eine kluge Energiepolitik die spezifischen Stärken eines Landes pflegt und weiter stärkt. Und gerade im Bereich der Wissenschaft und Forschung haben wir in Hessen vieles zu bieten.

Was die Ökonomen in der Wettbewerbstheorie gerne als „First Mover Advantage“ bezeichnen, ist für das Fraunhofer IWES in Kassel die derzeit größte globale Geschäftschance.

Insbesondere in Nordhessen hat sich ein energietechnologisches Cluster herausgebildet.

Dieses Cluster beruht im Wesentlichen auf universitären Ausgründungen wie dem heutigen Fraunhofer IWES sowie dem Flaggschiff SMA in Niestetal und Kassel.

Auch mit dem Institut dezentrale Energietechnologien – IdE in Kassel schreitet die Netzwerkbildung in Nordhessen durch Verknüpfung zahlreicher Unternehmen mit der Universität Kassel weiter voran.

Ich war vor kurzem an der Universität Kassel. Dort entsteht gerade der von der Landesregierung, der Stadt Kassel und der Europäischen Union geförderte Science Park. Durch diese Förderung können junge Absolventen mit Geschäftsideen dort bezahlbare Büro- und Entwicklungsräume nutzen. So helfen wir bei der Markteinführung ihrer Produkte, dem Schritt von „Wissenschaft“ nach „Wirtschaft“.

Die Studierenden und Jungunternehmer haben mir eine ganze Reihe von Produkten vorgestellt, die während ihres Studiums entstanden sind. Und mit denen sie nun den Schritt in die Selbständigkeit wagen.

Da sind tolle, beeindruckende und vor allem auch viele nachhaltige Geschäftsideen dabei: Ein junger Mann produziert Messeaufsteller auf Heu-Basis. Der Fuß und die Werbeaufsteller werden aus organischem Material produziert. Kein Witz. Wenn man dran riecht, dann riecht es nach Heu und nicht nach Plastik.

Jeder der schon einmal gesehen hat, wie solche Aufsteller nach einer großen Messe in Frankfurt zu tausenden auf der Müllkippe landen, bekommt eine Vorstellung,

welche Ressourcen mit solchen ungewöhnlichen Ideen eingespart werden können.

Eine andere junge Truppe forscht an einer druckluftfreien Fabrik. Ein Dritter an neuen Systemen für die Verkehrstelematik.

Unser Ziel ist es, Nordhessen als Energie- und Effizienzcluster weiterzuentwickeln.

Dabei mache ich mir keine Sorgen, dass es an jungen Talenten mit innovativen Ideen mangelt, die auch den Schritt raus aus der Universität rein in den freien Wettbewerb wagen wollen.

Was wir aber beobachten ist, dass gerade junge Unternehmen mitunter Schwierigkeiten haben, auf dem klassischen Weg an dringend notwendige Investitionsmittel zu kommen. Die Privat-Banken sind in Deutschland traditionell zurückhaltend bei der Vergabe von Wagniskapital.

Deshalb bieten wir mit unserer landeseigenen Förderbank, der WIBank, zielgenaue Kreditprogramme gerade für kleine und kleinste Unternehmen an.

Es ist spannend zu sehen: Viele dieser Kredite gehen an Unternehmen, die sich mit Energie- und Ressourcenfragen im weitesten Sinne beschäftigen. Vom kleinen Fahrradladen, der seine Verkaufsfläche vergrößern will und das nicht aus seinen Rücklagen bezahlen kann, bis hin zu Unternehmen, die sich auf das Filtern von Abwässern konzentriert haben und teure technische Geräte anschaffen müssen.

Das ist kein Zufall: Viele Start up-Unternehmer haben erkannt, dass man mit Investitionen in grüne Technologien richtig Geld verdienen kann. Ich will, dass diese Unternehmen in Hessen mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben.

Ich beobachte aber noch einen anderen Trend: Gerade jetzt, in Zeiten von Niedrigzinsen, suchen viele Anleger und institutionelle Investoren nach Möglichkeiten, ihr Geld sinnvoll und nachhaltig anzulegen.

Auch hier werden wir uns als Landesregierung stärker als bislang engagieren. Wir bieten Unternehmen und Investoren Plattformen und organisieren Veranstaltungen, auf denen beide Akteure zusammenfinden können. Die, die Geld brauchen. Und die, die nach neuen Anlageformen suchen. Ich glaube auf dem Feld von „Green Finance“ bieten sich gerade auch für den Finanzplatz Frankfurt Möglichkeiten, auch neue Geschäftsfelder zu erschließen.

An dieser Stelle wird deutlich, welche Potenziale und wirtschaftlichen Chancen in der Energiewende in einem umfassenden Sinne stecken. Wie gesagt: Das alles wird kommen. Und gerade deshalb ist es mein Ziel, diese klugen Köpfe hier zu halten. Ihnen ein attraktives Umfeld zu bieten. Damit sie eben von hier aus Ihre Geschäfte machen. Und so viel Egoismus sei erlaubt: Damit sie auch hier ihre Steuern zahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der Ressourceneinsparung und Steigerung der Energieeffizienz liegen riesengroße Potenziale. Dabei werden wir unser Augenmerk in besonderer Weise auf den Wärmebereich richten. Dies betrifft sowohl den öffentlichen, den gewerblichen, vor allem aber den privaten Gebäudebestand.

Solche Modernisierungsarbeiten erfordern gerade von den privaten Ein- und Zweifamilienhausbesitzern eine große finanzielle Kraftanstrengung.

Wir alle wissen, dass sich Energiesparmaßnahmen wie Außenwanddämmung oder neue Fenster nicht sofort rechnen.

Das Problem daran ist: Die Finanzierung einer solchen Maßnahme muss in der Regel sofort und auf einen Schlag gezahlt werden.



Offensichtlich stellen die vergünstigten Kreditkonditionen und Zuschussangebote der KfW keinen ausreichenden Anreiz für die meisten Hauseigentümer dar. Denn: Trotz dieser Angebote ist die jährliche energetische Sanierungsrate im Gebäudebestand unter 1 Prozent geblieben und damit weit von den Zielen des Energiegipfels entfernt. Damals haben wir 2,5 bis 3 Prozent als Zielmarke genannt.

Deshalb arbeiten wir in der Koalition derzeit intensiv an einer erneuten Initiative für eine steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Modernisierungsmaßnahmen.

Dabei spielt für uns eine entscheidende Rolle, dass Einfamilienhausbesitzer ihr Eigenheim ohnehin eher schrittweise energetisch sanieren.

Unser Ziel ist es nicht, Menschen mit besonders hohem Einkommen überproportional zu fördern. Sondern im Gegenteil, es möglichst vielen Hausbesitzern so attraktiv wie möglich zu machen, ihr Haus zu modernisieren.

Wir wollen einen Ansatz, der unabhängig vom Einkommensteuersatz einen Abzug von der Steuerschuld vorsieht. Das ist allerdings nur dann realistisch, wenn es uns gelingt, eine für Bund und Länder aufkommensneutrale Lösung zu entwickeln.

Lassen Sie mich eins ganz deutlich sagen: Ich halte die steuerliche Absetzbarkeit für den entscheidenden Hebel, für die dringend notwendige Erhöhung der Sanierungsrate.

Deshalb werden wir bei diesem Thema auch nicht locker lassen. Denn diese Maßnahme wäre zugleich ein großes Konjunkturprogramm für das hessische Handwerk.

Es sind doch schon heute vor allem kleine und mittlere Unternehmen vor Ort, die von der Energiewende profitieren.

Was wir aber auch beobachten ist, dass gerade im gewerblichen und industriellen Bereich Unternehmen bei der energetischen Modernisierung ihrer Gebäude und Produktionsstätten zu zurückhaltend sind.

Das ist einerseits verständlich: In Unternehmen konkurriert jede energetische Maßnahme mit einer Investition im originären Geschäftsbereich.

Zudem wissen wir, dass viele Unternehmen nur solche Maßnahmen durchführen, die einen Kapitalrücklauf in maximal fünf Jahren versprechen.

In meinen zahlreichen Gesprächen mit Verbänden, Kammern und Unternehmen werbe ich deshalb dafür, Investitionen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz als Krisenvorsorge zu betrachten, sich beraten zu lassen und sie jetzt durchzuführen.

Auch viele hessische Kommunen haben längst begriffen, dass Energiesparen auch ein Gebot ökonomischer Vernunft ist. Daher nutzen sie intensiv die Fördermittel in Höhe von 17 Millionen Euro, die jährlich über den Kommunalen Finanzausgleich für die energetische Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Sporthallen bereitgestellt werden.

Als Land wollen wir Vorbild sein und setzen das mit 160 Millionen Euro ausgestattete „CO<sub>2</sub>-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm“ bis 2017 kontinuierlich um.

Meine Damen und Herren,

wir werden noch in einem anderen Bereich deutlich effizienter werden müssen, der bei der Diskussion um die Energiewende gerne vergessen wird: Der Verkehrssektor.

Nur wenn es uns gelingt, auch hier deutliche Fortschritte zu erzielen, werden wir unsere energiepolitischen Ziele erreichen können. Ich bin fest davon überzeugt: Gerade im Verkehrssektor stecken noch ungeahnte Potenziale, um Energie einzusparen. Die Potenziale liegen sowohl bei den Antrieben der Fahrzeuge als auch in der intelligenten Organisation des Verkehrs.

Eine Veränderung des konkreten alltäglichen Verhaltens im Verkehr ist aber wohl eine der schwierigsten und langfristigen Aufgaben. Da es dabei nicht immer nur um rationale Entscheidungen geht, müssen wir die Menschen für die Veränderung gewinnen. Es muss interessant, leicht und vor allem attraktiv sein, die neuen Antriebe, aber auch die multimodalen Angebote aus unterschiedlichen Verkehrsmitteln zu nutzen. Bei der jungen Generation hat sich hier in der letzten Zeit bereits einiges getan.

Ich möchte, dass wir in Zukunft auch noch tatsächlich mit dem Auto fahren können. Und das möglichst effizient, leise und schadstoffarm. Ich möchte dafür sorgen, dass der Handwerker auch in Zukunft noch mit seinem Transporter durch die Stadt fahren kann und nicht stundenlang im Stau steht, weil die Straßen vollgestopft sind. Eine bessere Schieneninfrastruktur ist also nicht nur ein Beitrag zur Energiewende, sondern auch zum mobilen Hessen.

Ein zentraler Baustein einer Effizienzsteigerung im Verkehr ist die Elektromobilität, mit der gleichzeitig Verkehrslärm und Schadstoffe in den Innenstädten reduziert werden kann. Daher werden wir zusammen mit den hessischen Stromversorgern ein Projekt zur Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Stromtankstellen starten.

Aber wir müssen auch nach anderen, intelligenten, nach neuen Lösungsansätzen suchen. Aus den Stärken Hessens heraus, seiner historischen Gegebenheit als

starker IT-Standort, entwickeln wir Innovationsprojekte, die auch die Umsetzung der Energiewende nachhaltig vorantreiben.

So können beispielsweise Smart Work-Anwendungen, also das, was man früher „Telearbeit“ nannte, dazu beitragen, Verkehrsströme zu reduzieren und gleichzeitig Lebensqualität zu erhöhen.

Aus Studien wissen wir, dass in Hessen jeder zehnte Arbeitnehmer zumindest gelegentlich von zu Hause aus arbeitet. Experten gehen von einem weiteren Potenzial bis zu 30% aus. Daraus errechnen sie allein für Hessen ein jährliches Einsparpotenzial von bis zu 1,24 Milliarden Fahrkilometer. Auch so stelle ich mir intelligentes Verkehrsmanagement in Hessen vor. Für ein besseres Klima und mehr Lebensqualität.

Natürlich würden wir selbst mit einem klimaneutralen Hessen alleine den weltweiten Klimawandel nicht aufhalten. Wir können damit auf den ersten Blick im globalen Maßstab nur einen sehr geringen Beitrag leisten.

Aber wenn wir mit Hessen die Entwicklung Deutschlands nach vorne bringen, leisten wir einen großen Beitrag. Wir können hier in Hessen Lösungsansätze entwickeln, die auch in anderen Ländern gesucht und gebraucht werden.

Denn Deutschland als größtes Industrieland Europas mit seinem wirtschaftlichen und technologischen Potential wird vielen Ländern ein Vorbild sein.

Eines wird dabei deutlich: Die Energiewende entwickelt sich zunehmend zu einem Exportschlager. Sie mag für manche am Anfang notgedrungen gewesen sein. Die Energiewende stellt uns vor große Herausforderungen, ohne Zweifel.

Es geht um nicht weniger als um einen kompletten Umbau unseres Energiesystems, von zentral auf dezentral, von fossil und atomar auf erneuerbar, von Verschwendung zu Sparsamkeit. Aber es sind keine unlösbaren Probleme.

Wir müssen der Energiewende ihren Zauber zurückgeben, und dazu gehört, nicht nur über Probleme zu reden, sondern auch über die Chancen. Probleme sind dafür da, dass sie gelöst werden, und Chancen sind dafür da, dass wir sie ergreifen. Die Energiewende ist auch für Hessen eine große Chance, die wir ergreifen müssen. Für das Klima. Für die Wirtschaft. Für uns alle.